

Streik der Lokführer liegt im sozialen Interesse

«Alle hassen Claus Weselsky. Dabei ist der oberste Lokomotivführer ein richtig harter Hund – einer, der genau in dieser Position gebraucht wird.» Vgl. taz.de *

Wenigstens die Lokführer haben noch ein Gesäß in der Hose. Sie kämpfen auch für unsere sozialen Gegenwarts- und Zukunftsinteressen!

Die Aufgabe der DGB-Gewerkschaften wäre es: den Streikkampf gegen Mini-Mindestlöhne und gegen die Altersarmut zu führen!

Bei einem Mini-Mini-Mindestlohn von 8,50 Euro-Std. Brutto, müssten Millionen Erwerbstätige mindestens 60 Jahre in Vollzeit arbeiten, bis zum 75 bzw. 80 Lebensjahr, ohne Arbeitslosigkeit, um eine eigenständige Armutsrente auf dem Niveau der Grundsicherung (Sozialhilfe) zu erhalten!

Aktuell liegt der Anteil der westdeutschen Neurentnerinnen – in der gesetzlichen Rentenversicherung, die eine Armutsrente unterhalb der Grundsicherungsschwelle* beziehen, bei einem Wert um die 70 Prozent.

(* Bei Staats-Beamten und Beamtinnen ist deren Anteil nahezu bedeutungslos, unter 1 %.)

Für Frauen und Männer hat sich der Anteil der Armutsrentner unterhalb der Sozialhilfe bzw. Grundsicherungsschwelle, deutlich erhöht, von unter 20 Prozent in 2003 für Ostdeutschland, auf Werte zwischen 50 Prozent und 45 Prozent zwischen 2010 und 2012.

Die geringen Stundenlöhne, unter 15 Euro brutto, verstärken die Zunahme der Altersarmut!

In Westdeutschland sind im gleichen Zeitraum die Anteile der Armutsrentner und Armutsrentnerinnen, unterhalb der Sozialhilfe bzw. Grundsicherungsschwelle, von etwa 45 Prozent auf 55 Prozent angestiegen.

Ohne die Stammebelegschaften der gut geschmierten DAX-Konzerne, deren Vorstände und Aktiengesellschaften etc., und ohne die Staatsbeamten, Regierungs- und Ministeriumsmitarbeiter, einschließlich Minister und Staatssekretäre, ohne Parlamentarier und “Sozialpartner“ bzw. “Sozialarbeiter“ der deutschen Bourgeoisie und Aktionäre, **befindet sich zukünftig die große Mehrheit der deutschen Werktätigen in Altersarmut!** –

Insbesondere sind werktätige Frauen und Mütter zunehmend Opfer dieser unsozialen Entwicklung. Für eine vergleichbare Altersrente müssten sie schon heute, – ohne Arbeitslosigkeit, Ausfallzeiten durch Kinderbetreuungszeiten und Altenpflegezeiten –, wenigstens 56/57 Vollzeitarbeitsjahre arbeiten, – bis zum 72 bzw. 76 Lebensjahr für eine Vergleichsrente!

Die DGB-Gewerkschaften und deren SPD-Führer müssen ihren hündischen sozialpartnerschaftlichen Kurs gegenüber der deutschen Finanz- und Monopolbourgeoisie, gegenüber der „sozialen Marktwirtschaft“ der DAX-Vorstände und deren Erbschafts-Hauptaktionäre grundsätzlich ändern!

Vgl. Tageszeitung, Kommentar, taz.de am 05.11.2014
www.taz.de/GDL-Chef-und-der-Bahnstreik/!148967/

06.11.2014, Reinhold Schramm